

Eröffnungsvortrag bei dem 17. DIE-Forum Weiterbildung am 1.12.2014 in Bonn

Prof. Dr. Max Fuchs

Politische Rahmenbedingungen kultureller Erwachsenenbildung

1. Vorbemerkung

Das Thema meines Vortrages wäre in früheren Zeiten geradezu eine Einladung dafür gewesen, mit einem heftigen Klagen und Jammern zu beginnen: Kulturelle Bildung werde völlig in ihrer Bedeutung verkannt, demzufolge werde sie in der Politik und insbesondere bei der Förderung stark vernachlässigt und all dies werde sich in Zukunft rächen.

Dies kann man in dieser Form heute guten Gewissens nicht mehr tun. Vielmehr müsste eigentlich eine frohe Stimmung herrschen, denn jedermann kann es leicht sehen: Kulturelle Bildung (und damit auch kulturelle Erwachsenenbildung) hat Kojunktur. Ich will für diese Behauptung einige Belege anführen, die jeder kennt.

A) Offensichtlich reden alle im Moment von kultureller Bildung. So gibt es zu diesem Thema in dem Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ein umfangreiches Kapitel zur kulturellen Bildung, bei dem es auch Abschnitte zur kulturellen Erwachsenenbildung gibt. Die Kultusministerkonferenz und der Deutsche Städtetag – um nur zwei wichtige Akteure zu nennen – verabschieden gut formulierte Positionspapiere zur kulturellen Bildung. Nicht zuletzt hat ein Projekt aus dem Bereich der Seniorenkulturarbeit, also einem speziellen Zweig der Erwachsenenbildung, sogar den ersten Preis unserer Kulturstaatsministerin gewonnen.

B) Neben diesen offensichtlichen Zeichen einer öffentlichen Anerkennung kultureller Bildung gibt es auch eine vielfältige und interessante Praxis. Am heutigen Tag wird – als ein Beispiel aus dieser Praxis – der Innovationspreis des DIE verliehen.

C) Auch in der Wissenschaft erlebt kulturelle Bildung einen deutlichen Rückenwind. Es gibt ein veritables Handbuch kulturelle Bildung, natürlich mit entsprechenden Abschnitten zur kulturellen Erwachsenenbildung, das jetzt in einer umfangreicheren Variante online zur Verfügung steht (kubi online). In Kürze erscheint ein Sammelband mit Theorien der Kulturpädagogik, in dem immerhin neun veritable und ausformulierte Theorien aus der wissenschaftlichen Kulturpädagogik vorgestellt werden. Es ist zudem an das schöne Projekt (Zirfas, Klepacky) einer Darstellung der Geschichte der ästhetischen Bildung zu erinnern.

D) Zudem sind zu den traditionellen Trägern kultureller Bildung in den letzten Jahren einige interessante neue Akteure dazu gestoßen. So erfährt kulturelle Bildung bei den Stiftungen – an erster Stelle ist hier die Stiftung Mercator zu nennen – ein stark wachsendes Interesse. Es war auch die Stiftung Mercator, die den Anstoß dafür gegeben hat, dass einige Stiftungen einen Rat für kulturelle Bildung gegründet haben, der inzwischen eine zweite Denkschrift vorgelegt hat (mit Eckart Liebau als Vorsitzendem).

E) Auch in internationaler Perspektive muss man einen Bedeutungsgewinn konstatieren. So ist kulturelle Bildung inzwischen auf der Ebene der UNESCO angekommen, was die beiden

inzwischen stattgefundenen Weltkonferenzen (2006, 2010) belegen. Zudem gibt es in Deutschland einen UNESCO-Lehrstuhl für kulturelle Bildung, der ebenfalls von Eckart Liebau eingenommen wird.

F) Nicht zuletzt ist zu erwähnen, dass es neben dieser Form symbolischer Anerkennung auch erhebliche Mengen neuen Geldes in diesem Feld gibt. Dabei sind es nicht bloß die Stiftungen, die für interessante Projekte eine Förderung zur Verfügung stellen, auch auf der Ebene der Bundesregierung ist immerhin mit einem Betrag von 230 Millionen € ein mehrjähriges Programm zur Unterstützung der kulturellen Bildung auf den Weg gebracht worden.

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf: Was will man eigentlich mehr? Wer sich jetzt noch beklagt, muss sich vorwerfen lassen, dass er offenbar nicht genug bekommen kann. Inzwischen gibt es sogar die ersten Neiddiskussionen aus anderen Bildungsbereichen, etwa aus dem Feld der politischen Bildung.

Ich habe diesen Abschnitt mit einem "eigentlich" begonnen, und jeder weiß, dass Sätze, die mit einem "eigentlich" beginnen, irgendwann zu einem großen Aber führen. In der Tat gilt das auch in diesem Fall. Die oben vorgestellten Indikatoren für einen Rückenwind gibt es zwar zweifelsfrei. Doch muss man feststellen, dass Weltkonferenzen, Publikationen eines Rates, Aktivitäten der Wissenschaft oder schöne Positionspapiere noch lange keine Praxis ausmachen: Sie sind einfach nur Diskurs.

Selbst das oben erwähnte Geld, das sicherlich notwendig ist, um die Praxis zu verbessern und auszubauen, hat einen erheblichen Haken: Es fließt ausschließlich in Projekte. Nun sind Projekte zwar nichts Schlechtes, aber selbst die größte Zahl von Projekten leistet nicht das, was notwendig ist, nämlich die Stabilisierung einer Infrastruktur, die dauerhaft und nachhaltig kulturelle Bildung stützen kann. Daher haben die großen Dachverbände, in denen ich in den letzten Jahren tätig war, nämlich der Deutsche Kulturrat und die Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung, den programmatischen Slogan formuliert: *Von Projekten zu Strukturen*. Strukturen können jedoch nur von der Politik geschaffen werden, so dass sich ein näherer Blick auf dieses Feld lohnt.

2. Wer macht eigentlich Politik wie und wo und mit welchen Ergebnissen?

In diesem Teil meines Beitrages will ich das etwas unübersichtlich erscheinende Feld der Politik durchwandern und aufzeigen, an welchen Stellen mit welcher Relevanz Politik für kulturelle (Erwachsenen-) Bildung betrieben wird.

In dem letzten Abschnitt habe ich eine Reihe von interessanten Diskursen vorgestellt, diese allerdings mit der Kritik versehen, dass Diskurse alleine die Praxis noch nicht verbessern können. In der Tat besteht bei Diskursen immer die Gefahr, dass es bei bloßem Gerede bleibt. Man geht dabei leicht der Täuschung auf den Leim, aus der Tatsache einer rhetorischen Allgegenwart eines Themas auf eine blühende Praxis zu schließen. In der Wirklichkeit bleibt es allerdings oft genug bei den bestehenden, verbesserungswürdigen Rahmenbedingungen.

Doch ist gerade in einer politischen Perspektive der Diskurs nicht unwichtig. Immerhin muss man feststellen, dass durch Diskurs politischer Druck produziert werden kann. Im Rahmen eines Diskurses können Argumente für eine Verbesserung der Praxis formuliert werden und insbesondere sorgt der Diskurs für die Öffentlichkeit und die Akzeptanz des Anliegens.

Wie wichtig gerade im politischen Geschäft die Herstellung von Öffentlichkeit und Akzeptanz ist, weiß man in der Theorienbildung zur Politik schon immer. Ich will hier nur an die Habilitationsschrift von Jürgen Habermas erinnern, der aufzeigt, dass die moderne Gesellschaft nur durch einen Strukturwandel der Öffentlichkeit entstehen können. Jüngst hat der Berliner Ethiker und politische Philosoph Volker Gerhardt bei seinem Projekt einer philosophischen Grundlegung der politischen Theorie ein wichtiges Buch über Öffentlichkeit vorgelegt.

Gerade in einer demokratischen Gesellschaft ist also ein öffentlicher Diskurs über bestimmte Problemlagen geradezu ein Fundament der Politik. Es sind dabei vor allen Dingen die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die dieses politische Instrument der Willensbildung und der Durchsetzung eigener Interessen nutzen.

Auch die kulturelle Erwachsenenbildung hat mit ihren Organisationen, etwa mit dem Volkshochschulverband, wichtige Interessenvertretungen, die auch in den relevanten Dachverbänden – etwa im Deutschen Kulturrat – vertreten sind und dort ihre Positionen einbringen können.

Diskurs ist also notwendig, allerdings ist er noch nicht hinreichend für eine Verbesserung der Praxis.

In einem nächsten Schritt wäre daher zu untersuchen, welche Politikfelder überhaupt für die Verbesserung der kulturellen Erwachsenenbildung relevant sind.

Der Deutsche Kulturrat wurde oben erwähnt. Dieser Dachverband aller Künstler- und Kulturorganisationen in Deutschland ist sicherlich sehr stark im Bereich der Kulturpolitik. Dort ist er ein wichtiger Akteur, der nicht nur immer wieder offensiv seine Positionen in die Debatte einbringt, sondern der sogar von der Politik und der Regierung im Hinblick auf bestimmte Beratungsleistungen gefragt wird. Allerdings ist dieser Verband nur stark in der Kulturpolitik, und

diese Kulturpolitik ist im Bereich der kulturellen Bildung nicht das wichtigste Politikfeld. Zwar sind wichtige Träger kultureller Erwachsenenbildung wie etwa die Museen im Zuständigkeitsbereich der Kulturpolitik, doch dürfte der größte Teil kultureller Erwachsenenbildung außerhalb kulturpolitischer Interventionen stattfinden. Immerhin hat es kulturelle Bildung im Bereich der Kulturpolitik geschafft, neben Kulturerbe- und Künstlerförderung inzwischen die anerkannte dritte Säule der Kulturförderung zu sein.

Das zweite Politikfeld, das zu betrachten ist, ist daher die Bildungspolitik. Dies liegt zwar nahe, doch muss man feststellen, dass die Erwachsenenbildung hier ein ähnliches Problem hat wie die Jugendarbeit im Kontext des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Wer normale Menschen im Alltag danach befragt, welche Assoziationen sie mit dem Bildungsbegriff verbinden, dürfte größtenteils dieselbe Antwort bekommen: Es ist die Schule, an die man im Kontext von Bildung als erstes denkt. Seit mindestens zehn Jahren setzt man sich zwar in den verschiedensten Feldern dafür ein, unter Bildung mehr als Schule zu verstehen („Bildung ist mehr als Schule und Schule ist mehr als Unterricht!“, so eine der Leipziger Thesen), doch ist ein nachhaltiger Erfolg dieser Bemühungen bisher ausgeblieben. Selbst dort, wo der Bereich der Weiterbildung (und in früheren Jahren in NRW auch die Jugendarbeit) im dem Ministerium zu finden ist, das auch für die Schule verantwortlich ist, spricht man in der Regel von einem *Schul*ministerium, in dem die beiden andern Politikfeldern bestenfalls eine Randexistenz fristen.

Immerhin ist der Bereich der Schule auch deshalb interessant für die kulturelle Erwachsenenbildung, weil er möglicherweise ein Fall- oder sogar ein Musterbeispiel für die Durchsetzung politischer Ziele liefert. Ich will dies an dem Diskurs über das vermutlich wichtigste Ereignis in der Geschichte der Schulpolitik in den letzten Jahrzehnten aufzeigen, der Einführung der Ganztagschule.

Idealtypisch könnte man sich diesen Prozess vorstellen wie folgt: Man nimmt zur Kenntnis, dass es eine erziehungswissenschaftliche traditionsreiche Einzeldisziplin Schulpädagogik gibt, die national, international und in der historischen Entwicklung alles weiß, was man über Schule wissen kann. Dieses bereitstehende Wissen könnte man insofern abrufen, als man den betreffenden Personen und Institutionen den Auftrag erteilt, gut fundierte Konzepte für eine zukünftige Ganztagschule zu entwickeln. Diese Konzepte könnten dann wiederum von der Ministerialbürokratie in umsetzbare Pläne verwandelt werden, so dass viele Fehler in der späteren Praxis vermieden werden könnten.

Leider war der reale Verlauf der Einführung der Ganztagschule Deutschland überhaupt nicht so. Man kann viel mehr feststellen, dass die wissenschaftliche Schulpädagogik der letzte Bereich war, der von Verwaltung und Politik um Rat gefragt wurde. Natürlich gab es eine Reihe von Interventionen und Konzeptvorschlägen, und ich will einige benennen. So hat seinerzeit der Rat für Familienfragen, dem keine Pädagogen, sondern vielmehr Soziologen, Ökonomen etc. saßen, eine umfangreiche Denkschrift zur Ganztagschule vorgelegt. Auch die Frauenabteilungen in den relevanten Ministerien haben sich intensiv mit der Ganztagschule befasst. In all diesen Positionspapieren ging es dabei nicht primär oder auch überhaupt nicht um pädagogische Fragen, sondern es ging um das – natürlich nicht unwichtige – Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es ging also um familien- und frauenpolitische Themen und nicht primär um pädagogische Fragen.

Auch die Jugendpolitik beschäftigte sich intensiv mit dem Problem der Ganztagschule. Ich war in diesen Jahren Mitglied des Bundesjugendkuratoriums, dem jugendpolitischen Beratungsorgan der Bundesregierung auf der Basis des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Wir haben viele Papiere erarbeitet, die sich mit der Ganztagschule auseinandersetzen, wobei unser primäres Interesse war, wie angesichts einer Ausdehnung der Schulzeit nunmehr die außerschulischen Akteure am Nachmittag zu ihren Zielgruppen kommen können.

Natürlich spielte auch die OECD eine Rolle, wobei es hier nicht um PISA geht. Vielmehr hörte man deutliche Signale aus Paris, dass es nur noch in Deutschland und Österreich weltweit ein Halbtagsschulsystem gab, so dass beide Länder in dieser Hinsicht einen erheblichen Modernisierungsbedarf hätten. Die Einführung der Ganztagschule war in dieser Hinsicht also lediglich ein Projekt einer „nachholenden Modernisierung“, bei dem weniger pädagogische Fragen eine Rolle spielten, sondern vielmehr Fragen des nationalen Images im internationalen Wettbewerb.

Selbstverständlich hat sich auch die Wirtschaft in diese Debatten eingemischt und Vorstellungen formuliert, die man grob, aber nicht unzutreffend auf den Wunsch reduzieren kann, dass in der zukünftigen Ganztagschule am Nachmittags vor allen Dingen die basalen Kulturtechniken geübt werden sollen.

Aus dieser Vielfalt von Eingaben und Interessen haben sich die verschiedenen Ministerialbürokratien dann das Passende ausgesucht und die je nach Land sehr unterschiedlichen Konzepte von Ganztagschule eingeführt.

Überträgt man diese kleine Fallstudie einer Diskursanalyse auf die Erwachsenenbildungspolitik, so kann man fragen: Welche Akteure mischen sich überhaupt in das politische Geschäft ein, welche Interessen verfolgen sie, welche Einflussmöglichkeiten haben die verschiedenen Akteure? Man kann auch die Frage stellen, ob die wissenschaftliche Erwachsenenbildung in diesem Feld der Politikgestaltung eine ähnlich marginale Rolle spielt wie die wissenschaftliche Schulpädagogik.

Ich habe oben zwei Akteure besonders betont, nämlich einmal die Wirtschaft und zum anderen die OECD. Im Hinblick auf die Wirtschaft muss man feststellen, dass sie sich (legitimerweise) insbesondere für die Frage der Qualifikation interessiert und die anderen drei gesellschaftlichen Funktionen, die seinerzeit Helmut Fend für die Schule festgestellt hat, nämlich Legitimation, Allokation und Enkulturation, weniger thematisiert. Dies gilt insbesondere für die Erwachsenenbildung.

Welche Potenz die Wirtschaft dabei hat, kann man an einem bayerischen Beispiel aufzeigen. Der bayerische Unternehmerverband hat nämlich einen renommierten Erziehungswissenschaftler (Dieter Lenzen) engagiert, unter dessen Leitung ein umfangreiches Gesamtkonzept für das bayerische Bildungswesen entwickelt wurde von der Struktur über die Inhalte bis hin zur Finanzierung.

Dass die Einflussmöglichkeit der Wirtschaft mit ihrer Konzentration auf (berufliche) Qualifikation nicht unterschätzt werden kann, kann man etwa daran erkennen, dass kulturelle Bildung

inzwischen in den meisten Weiterbildungsgesetzen nicht mehr gefördert werden soll.

Die OECD ist der zweite wichtige Akteur in diesem Feld. Sie hat von Anfang an den Aspekt der Qualifikation von Arbeitskräften geradezu im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gehabt und arbeitet sehr eng mit der Bildungsabteilung der Europäischen Union zusammen. Bekanntlich hat die OECD keine exekutive Macht. Allerdings hat sie – auch durch die enge Kooperation mit der Bildungsabteilung der Europäischen Union – erhebliche Einflussmöglichkeiten. Es ist dabei festzustellen, dass diese Einflussmöglichkeiten durchaus in der Geschichte des Bildungswesens in Deutschland von Nutzen waren. So haben etwa die PISA-Studien deutlich aufgezeigt, dass es in Deutschland ein erhebliches Problem mit der Teilhabe gibt. Auch die Bildungsreform in den 1960er und 1970er Jahren, auf die viele in Deutschland stolz sind, wurde wesentlich von der OECD motiviert. Denn es war zwar zum einen das wichtige Buch von Georg Picht über den Bildungsnotstand, möglicherweise war aber sehr viel einflussreicher ein so genanntes Länderexamen der OECD mit dem aussagekräftigen Titel „Bildung mangelhaft“.

Auch heute ist die OECD im Schulterschluss mit der Europäischen Union in bildungspolitischer und bildungstheoretischer Hinsicht einflussreich. Es lohnt sich daher, sich für die bildungstheoretische Basis der bildungspolitischen Aktivitäten zu interessieren. Das Leitkonzept ist dabei „employability“, wobei man feststellen muss, dass sowohl die OECD als auch die Europäische Union ein äußerst enges Verständnis von Arbeitsfähigkeit haben, das sich – wie oben erwähnt – bis in die Formulierungen der jeweiligen Fördergebiete der Weiterbildungsgesetze der Länder auswirkt.

Zwischenfazit

1. Es sind verschiedene Politikfelder relevant für kulturelle Erwachsenenbildung. Ein Stichwort könnte hier sein: *Unübersichtlichkeit*
2. Die Diskurse und die Akteure in diesen Feldern sind sehr verschieden, sie haben unterschiedliche Ressourcen, unterschiedliche Einflussmöglichkeiten, unterschiedliche Interessen. Ein Stichwort könnte hier sein: *Ungleichzeitigkeit*
3. Die verschiedenen Politikfelder (Kulturpolitik, Bildungspolitik, Seniorenpolitik etc.) haben zwar einen gewissen Überschneidungsbereich (wenn etwa das KJHG eine obere Altersgrenze von 27 Jahren hat und Weiterbildungsgesetze eine untere Altersgrenze von 16 Jahren haben). Ein Stichwort könnte hier sein: *Ungleichgewichtigkeit*
4. Nicht unwichtig ist bei der Betrachtung der verschiedenen Politikfeldern die sehr verschiedene Rolle des Staates und damit der Steuerungsmöglichkeiten des Staates in den jeweiligen Praxisfeldern. Zudem muss man feststellen, dass es in den verschiedenen Politikfeldern unterschiedliche gesetzliche Absicherungen und damit Rechtsansprüche gibt.
5. Nicht zuletzt ist zu beachten, dass es in den verschiedenen Politikfeldern sehr verschiedene Grundkonzepte von „Bildung“ gibt, die das politische Handeln steuern.

Diese Vielfalt unterschiedlicher Politikfelder, Akteure und Konzepte ist kein friedliches Nebeneinander, sondern man muss auch in diesem Feld kultureller Erwachsenenbildungspolitik davon ausgehen, dass es einen Streit um Einfluss und um das Deutungsrecht bei Grundkonzepten gibt. Politik hat es eben immer mit Macht zu tun.

Vor diesem Hintergrund und auch im Hinblick auf die besondere Rolle, die die Wirtschaft als politischer Akteur in diesem Feld spielt, will ich auf eine eigenartige Ungereimtheit hinweisen. Allzu oft spricht man im politischen Diskurs von „der“ Wirtschaft. Ich hatte ich meinen früheren Funktionen immer wieder die Gelegenheit, mit führenden Vertretern der Wirtschaft zu sprechen. Ich will einige Beispiele benennen.

So war ich eingeladen, bei der Planung der Jugendkulturstiftung der Allianz-Versicherungsgesellschaft mitzuhelfen. Ich lernte damals den Namen Schulte-Noelle kennen, der mir bis dahin kein Begriff war. Dazu ist zu sagen, dass man normalerweise bei der Diskussion über das Finanzsystem in Deutschland sofort an die Banken denkt, wobei exponierte Vertreter der Bankenlandschaft vom Namen her bekannt sind und oft im öffentlichen Diskurs auftauchen. Allerdings muss man sich verdeutlichen, dass das Geld, mit dem die Banken arbeiten, zu einem erheblichen Teil von den Versicherungsgesellschaften kommt, man denke etwa an die großen Geldmengen, die in die Lebensversicherungen hineinfließt. Dann kann man auch verstehen, dass neben den Banken als graue Eminenzen des Finanzsystems in Deutschland die Vorstandsvorsitzenden dieser Versicherungsgesellschaften eine große Rolle spielen. Schulte-Noelle war seinerzeit der Vorstandsvorsitzende von Allianz, der die Gründung einer Jugendkulturstiftung seiner Versicherungsgesellschaft vorangetrieben hat. Interessant ist dabei sein Menschenbild und sein Verständnis von Bildung. Es ging ihm gerade nicht um eine technokratische Schmalspur-Qualifikation, sondern er war ein Anhänger der Idee des uomo universale, also eines breit gebildeten Renaissance-Menschen.

Eine ähnliche Haltung findet man bei den großen Unternehmensberatungsagenturen und bei den großen Investmentbanken. Auch diese stellen bei der Rekrutierung ihres Nachwuchses sehr gerne Kultur- und Geisteswissenschaftler ein, die über eine breite Allgemeinbildung verfügen. Denn diese Wirtschaftsunternehmen wissen, dass die im späteren Berufsleben benötigte Spezialbildung relativ rasch innerhalb der Betriebe vermittelt werden kann, eine breite und als notwendig angesehene Allgemeinbildung jedoch muss von den Bewerbern mitgebracht werden.

So hat es auch bei einer unserer Tagungen der Ausbildungschef des Siemens-Konzerns gesehen, der ebenfalls für eine breite Allgemeinbildung auch bei den handwerklichen Berufen plädierte. Ich kann mich noch daran erinnern, dass kurz vor unserer Tagung, an der er beteiligt war, einer der großen Unternehmensverbände wieder sehr stark mit der Forderung an die Öffentlichkeit gegangen ist, dass das Bildungswesen sich auf die basalen Kernkompetenzen zu konzentrieren habe und ein sehr enges Verständnis von Bildung propagiert hat. Meinen Hinweis auf diesen Widerspruch zwischen Siemens und dem Unternehmerverband konterte der Siemens-Vertreter, dass ihm die Verlautbarungen der Verbände relativ unwichtig wären. Man muss also bei der Analyse der Diskurse immer wieder auch kritisch analysieren, mit welcher Berechtigung und Legitimität bestimmte Positionen in den öffentlichen Raum gebracht werden.

Im Hinblick auf das oben konstatierte enge Verständnis von employability bei der OECD, der Europäischen Union und bei vielen Wirtschaftsverbänden wäre daher mein Vorschlag, diese enge

Begriffsfestlegung nicht einfach hinzunehmen, sondern darauf hinzuweisen, dass gerade in unserer komplexen Wirtschaftswelt heute ein breites Verständnis von Bildung notwendig ist. Ich plädiere daher dafür, den Begriff der employability zu besetzen und um eine andere Deutung zu kämpfen.

Möglicherweise ist es aufgefallen, dass ein wichtiges Politikfeld für Träger kultureller Erwachsenenbildung bisher noch nicht erwähnt worden ist, nämlich die Kommunalpolitik. Die meisten Weiterbildungseinrichtungen befinden sich nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern sie sind entweder zum Teil kommunale Einrichtungen oder erhalten zumindest eine kommunale Förderung. In jedem Fall gehören sie zur kommunalen Infrastruktur der Bildung.

Vor diesem Hintergrund dürfte die interessanteste Entwicklung der letzten Jahre sein, dass sich der Deutsche Städtetag nach Jahrzehnten der Abstinenz mit einem großen Kongress im Jahre 2006 in Aachen mit den Themen Bildung und Kultur befasst hat und damit eine alte Tradition dieses kommunalen Zusammenschlusses wieder belebt hat. Denn bereits seit den 1970er Jahren befasste sich der Deutsche Städtetag sehr stark mit Fragen der Stadtentwicklung und der Urbanität und speziell mit der Rolle, die hierbei Bildung und Kultur spielen. Programmatische Titel waren damals „Wege zur menschlichen Stadt“ und „Bildung und Kultur als Elemente der Stadtentwicklung“.

Die aktuelle Konzept-Diskussion führte zu dem Gedanken, dass die Städte eine tragfähige Infrastruktur im Bereich der Bildung und Kultur benötigen, wobei dauerhaft und systematisch die verschiedenen Einrichtungen in der Stadt miteinander vernetzt werden soll. Dieser Gedanke wird auf den Begriff der „Kommunalen Bildungslandschaft“ gebracht. Es ist dabei keineswegs eine neue Erfindung, sondern man konnte sich vielmehr auf viele gut funktionierende Erfahrungen stützen. So ist etwa das seit Jahrzehnten eingeführte und gut funktionierende Münchner „Kommunale Gesamtkonzept kulturelle Bildung“ zu erwähnen, das genau dieselbe Zielstellung einer systematischen Vernetzung und Kooperation verfolgt. In Nordrhein-Westfalen war es das Programm "Kultur und Schule", bei dem es zunächst darum ging, punktuelle Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen, Künstlern und Schulen herzustellen. Sehr bald erkannte man, dass noch so schöne Einzelprojekte wirkungslos verpuffen, so dass man im Rahmen dieses Programmes dazu überging, kommunale Gesamtkonzepte von Städten auszuzeichnen.

3. Was tun?

Abschließend will ich einige wenige Hinweise geben, an welchen Stellen man mit dem Ziel einer Verbesserung der Praxis intervenieren könnte. Ich lege dabei eine aus der angelsächsischen Tradition kommende Aufteilung von Politik in drei Felder zu Grunde, nämlich in politics, policy und polity.

A) politics

Politics meint im wesentlichen das alltägliche Handeln, das Knüpfen persönlicher Kontakte, das Bedienen der öffentlichen Kommunikation, die alltägliche Lobbyarbeit. Da Politik zwar auch von Einzelmenschen betrieben wird, aber große Zahlen von Menschen und Mehrheiten eine wichtige Rolle spielen, ist politics im wesentlichen das Aktionsfeld der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbände. Es geht um eine effektive Öffentlichkeitsarbeit zu Gunsten der eigenen Interessen, es geht darum, eigene Stärken sichtbar zu machen, was insbesondere mit den Methoden der kulturellen Bildungsarbeit gelingen kann. Wer wissen will, wie eine solche öffentliche Einflussnahme funktioniert, möge sich intensiver mit der Kommunikationspolitik des Deutschen Kulturrates befassen, die dies in vorbildlicher Weise vormacht.

B) policy

Der Einzelne kann sich zwar an zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligen, er hat allerdings auch noch andere Möglichkeiten, sich in die politische Meinungsbildung einzumischen. Der Bereich der policy besteht im wesentlichen aus der Entwicklung von Theorien, Begriffen, Konzepten und Leitideen. Eine solche Begriffsarbeit kann von jedem Einzelnen geleistet werden. Dies ist auch nützlich für die eigene Arbeit, da man mit der Reflektion des eigenen Bildungskonzeptes beginnen kann: Ist es noch zeitgemäß, greift es aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen auf (Depression,, Burn-Out, Orientierungslosigkeit etc.)? Auch die oben gegebenen Hinweise, den Begriff der employability mit eigenen Vorstellungen zu besetzen, gehört in dieses Feld.

Ich selbst habe vorgeschlagen, kulturelle Bildung im Hinblick auf die Entwicklungsaufgaben im Lebenslauf der Menschen zu diskutieren, die sich eben nicht nur in der Jugend, sondern auch im Erwachsenenalter und verschärft im älteren Erwachsenenalter stellen.

Zu diesem Feld gehört auch eine Beobachtung der Diskurse. Insbesondere gehört hier eine kritische Beobachtung und Analyse der Bildungskonzepte der verschiedenen Akteure dazu: Was wollen die Stiftungen eigentlich mit ihrer Förderung kultureller Bildung bewirken? Was will die Bundesregierung mit ihrem großen Förderprogramm, welche Ziele werden formuliert, welche werden verfolgt, welche Basiskonzeptionen liegen dieser Förderpolitik zugrunde?

C) polity

In der polity geht es um den Aufbau von Strukturen und Institutionen. Als wichtigster Punkt wäre hier die oben erwähnte kommunale Bildungslandschaft zu erwähnen. Es geht um den Aufbau von Kooperationsbeziehungen. Eine Eingliederung in einer kommunale Bildungslandschaft, also in

eine stabile Infrastruktur auf kommunaler Ebene, kann dabei dazu beitragen, die eigene Existenz zu sichern.

Möglicherweise könnte auch für einige Einrichtungen der kulturellen Erwachsenenbildung eine Konzeptidee interessant sein, die wir in Remscheid seit einigen Jahren im Hinblick auf Schule verfolgen: nämlich im Rahmen einer systematischen Organisationsentwicklung die gesamte Einrichtung an einem kulturellen Profil zu orientieren ("Kulturschule"). Es geht dabei darum, in den verschiedenen Abteilungen und Qualitätsbereichen der Bildungseinrichtung das Prinzip Ästhetik anzuwenden. Eine Motivation für ein solches Vorgehen könnte darin bestehen, die Wettbewerbsfähigkeit der Einrichtung auf dem Weiterbildungsmarkt durch das Aufzeigen eines Spezifikum zu verbessern.